

Teilhabe statt Ausgrenzung Ein barrierefreies Sachsen-Anhalt – ein Ziel für alle!

Mit Blick auf die in allen Bereichen vorhandenen vielfältigen Barrieren, die die volle Teilhabe behinderter, aber auch älterer Menschen erschweren oder gar verhindern, geht es für DIE LINKE um die Gestaltung einer barrierefreien Gesellschaft in Sachsen-Anhalt. Teilhabe für alle Menschen zu sichern, ist eine übergreifende Aufgabe, der sich DIE LINKE in den nächsten Jahren stellen wird.

Besonderen Aufwind bekam die Behindertenbewegung in ihren Forderungen nach Barrierefreiheit durch die auch von Deutschland 2009 ratifizierte UNO-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, mit der die Staaten aufgefordert sind, Maßnahmen zur Beseitigung bestehender und zur Verhinderung neuer Barrieren und für die gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu ergreifen. Mit dem vorliegenden Konzept will DIE LINKE Denkanstöße für das Handeln von Menschen, die Arbeit von Behörden, für das gesellschaftliche Leben und auch für den tagtäglichen Umgang miteinander geben.

Konsequentes Handeln ist das Gebot der Stunde, DIE LINKE wird die rechtliche Gleichstellung für Menschen mit Behinderungen gewährleisten, den objektiven Entwicklungen in der Gesellschaft gerecht werden und ihrem programmatischen Selbstverständnis entsprechend die gesellschaftlichen Voraussetzungen für Chancengleichheit und Selbstbestimmung für und mit Menschen mit Behinderungen schaffen.

DIE LINKE strebt ein barrierefreies Sachsen-Anhalt an, und dazu bedarf es der

- **Überwindung der Barriere in den Köpfen** - möglichst viele Menschen müssen für die Belange behinderter und älterer Menschen interessiert und sensibilisiert werden, mit einer **Dekade der Barrierefreiheit** gilt es, über die Rechte behinderter Menschen zu informieren und eine positive Wahrnehmung und Präsenz in der Öffentlichkeit zu befördern;
- **Abschaffung baulicher und räumlicher Barrieren** - das erfordert nicht zuletzt Änderungen der Landesbauordnung und der Förderrichtlinien, es geht um die Erarbeitung und Umsetzung einer Prioritätenliste zur schrittweisen Herstellung der Barrierefreiheit in allen öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen, insbesondere auch für sinnesbehinderte Menschen;
- **Beseitigung kommunikativer und informativer Barrieren** - die Möglichkeit, weitgehend ungehindert, also barrierefrei zu informieren und mit anderen Menschen zu kommunizieren, ist eine wesentliche Voraussetzung für Mitwirkung und Teilhabe, das beginnt bei den Internetpräsentationen von Behörden und Einrichtungen des Landes, setzt sich fort im Bereich des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und erfordert Blindenleitsysteme im öffentlichen Raum;
- **Abschaffung institutioneller Barrieren** - notwendige Schritte sind u.a. die Bestellung hauptamtlicher Behindertenbeauftragter in den Landkreisen und kreisfreien Städten, die Umsetzung des Grundsatzes "ambulant vor stationär" oder die Neuausrichtung des Verwaltungshandelns der Sozialbehörden bzgl. Selbstbestimmung, Wunsch- und Wahlrecht sowie umfassender Teilhabe der Menschen mit Behinderungen;
- **Beseitigung von Barrieren in der Mobilität** - die Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der Verkehrsmittel wie Busse und Bahnen ist optimal zu gestalten, mit der Bindung der Förderpolitik im ÖPNV-Bereich an die Schaffung von Barrierefreiheit, mit der Schaffung barrierefreier Informations- und Beförderungsketten im ÖPNV oder der barrierefreien Gestaltung von Bahnhöfen;
- **barrierefreien Urlaubsmöglichkeiten für alle**, insbesondere für mobilitätseingeschränkte Menschen - dazu gehören u.a. verbindliche Standards für barrierefreien Tourismus, die Schaffung barrierefreier touristischer Angebote bei der "Straße der Romanik" oder beim Projekt "Auf den Spuren Luthers".